Der gewerkschaftliche Doktrinarismus und die Unternehmerverbände.

Von **Parvus**.

Hat einmal ein Gewerkschaftspraktiker durch doktrinäre Verknöcherung seines Praktizismus den Maßstab zur Bewertung der relativen Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes verloren, so erscheint ihm die gewerkschaftliche Entwicklung selbst als ein Sonderding. Er vermag das, was er selbst und die anderen geleistet haben, nicht mehr zu begreifen, sondern nur noch zu bewundern. So begegnen wir denn unter den Gewerkschaftsdoktrinären Stimmungen, die zwischen Bewunderung und Befremden schwanken — gleich jenem Huhne, das ein Entenei ausgebrütet hat.

Die objektiven Ursachen der Entwicklung und Größe der Gewerkschaften in Deutschland sind so mannigfaltig, daß man die wirtschaftliche und politische Geschichte Deutschlands, wenigstens seit der Märzrevolution, schreiben müßte, um sie zu erklären. Auf einen besonderen Zusammenhang, der sich von großer Tragweite gezeigt hat, habe ich zuerst 1896 hingewiesen: auf den Zusammenhang der Erfolge der Gewerkschaften mit der Sturm- und Drangperiode, die auf dem kapitalistischen Weltmarkt in den neunziger Jahren einsetzte. Da dieses Entwicklungsmoment jetzt sogar noch stärker wirkt als in den neunziger Jahren, so halte ich es für nützlich, meine Ausführungen von damals wieder in Erinnerung zu bringen.

Ich schrieb in der Broschüre „Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie“:

„Zunächst bedingt die Sturm- und Drangperiode der kapitalistischen Produktion, in die wir eintreten, eine anhaltende Entwicklung der Gewerkschaften. Der wirtschaftliche Kampf der Arbeiter schließt sich eng an den Produktionsgang an. So war es auch bis jetzt in Deutschland, daß jeder Anlauf der Produktionsentfaltung sofort durch Streiks und Ausdehnung der Gewerkschaften gekennzeichnet wurde. Aber diese Anläufe waren eben sehr schwach und kurz und dementsprechend auch die steigende Welle der Gewerkschaftsbewegung, die, kaum daß sie sich etwas erhoben hatte, sofort wieder herunterfank. Nichtsdestoweniger — und das darf nicht vergessen werden — wie die deutsche Industrie trotz der wirtschaftlichen Depression im allgemeinen Fortschritte gemacht hatte, so auch die Gewerkschaften. ... Wenn nun aber der Kreislauf der Produktion ein anderes Maß gewinnt, der Aufschwung umfassender wird, der Niedergang scharf und rapid hereinbricht, aber der neue Aufschwung desto schneller sich einstellt — so haben die Gewerkschaften während der aufsteigenden Periode mehr Zeit, um sich zu entfalten, sie überstehen leichter die Krise und desto größeren Nutzen ziehen sie von der rasch einsetzenden neuen Aufschwungsperiode. Und wie der wirtschaftliche Kampf die Gewerkschaften fördert, so bedingt auch ihrerseits die Entwicklung der Gewerkschaften, daß die Fragen des wirtschaftlichen Kampfes in den Vordergrund gedrängt werden.“

Die industrielle Entwicklung machte genau die hier beschriebene Wellenlinie durch: auf den großen Aufschwung der neunziger Jahre, der nur noch hinter der Geschäftsblüte von 1871 bis 1873 zurücksteht, folgte eine verheerende Handelskrisis, die aber rasch überwunden wurde, worauf, bereits auf höherer Stufenleiter, ein neuer Aufschwung einsetzte, den die gegenwärtige

Handelskrisis ablöste; doch die Sturm- und Drangperiode ist noch lange nicht zu Ende, und die Elemente einer neuen Industrieblüte sind leicht erkennbar. Die Fabriken vermehrten sich, überall wurden Erweiterungsbauten vorgenommen, die Städte wuchsen rapid: das alles schuf Arbeiterbedarf und förderte die gewerkschaftliche Entwicklung.

Nunmehr möchte ich noch ein anderes Moment hervorheben, das in der allgemeinen Zeitgeschichte liegt. Man darf nie vergessen, daß, wenn auch die Kämpfe des Proletariats in jedem einzelnen Lande sich wiederholen, sie doch schon deshalb einen neuen Charakter gewinnen, weil indessen die allgemeine Weltgeschichte fortgeschritten ist. Obwohl die deutschen Arbeiter die Kämpfe ihrer französischen und englischen Klassengenossen zu wiederholen hatten, so fanden sie doch, außer den Besonderheiten ihrer Landesgeschichte, eine andere, weiter entwickelte kapitalistische Welt vor. Der Kapitalismus unserer Tage unterscheidet sich nun von dem Kapitalismus etwa der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts unter anderem dadurch, daß er vielfach zusammenfassend wirkt, wo er früher auflösend wirkte. Es zeigen sich Organisationstendenzen in sozialen Schichten, die man früher als jeder Organisation unzugänglich betrachtet hatte. In einer Zeit, wo alles zur Organisation drängt, der Bauer sowohl wie der Kleinhändler, der Produzent wie der Konsument, müssen offenbar die Organisationsbestrebungen des Proletariats um so mehr sich geltend machen.

Es mögen hier, zum Vergleich mit den Erfolgen der Gewerkschaften, einige Zahlen über die anderen wirtschaftlichen Massenorganisationen in Deutschland angeführt werden. Schon 1906 umfaßten die Genossenschaften in Deutschland zirka 3,7 Millionen Mitglieder, doppelt so viel, als um jene Zeit die Gewerkschaften. Es waren das in erster Linie Kreditgenossenschaften mit über 2 Millionen Mitgliedern, dann Konsumvereine mit nicht ganz einer Million; darauf folgten die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, fast ausschließlich Molkereien, mit zirka 1/4 Million Mitgliedern. Während der Kassenstand der Gewerkschaften noch nicht 50 Millionen erreicht hat, haben die kleinen Leute in den Sparkassen in Preußen allein schon 1904 fast 8 Milliarden beisammen gehabt (die Zahl der Sparkassenbücher betrug über 10 Millionen). Die Lebensversicherungsgesellschaften haben im Spezialgeschäft mit kleinen Beträgen, der sogenannten Volksversicherung, 1903 bereits 54 Millionen Mark an Prämien aufgebracht, während die Zahl der Versicherten 1906 über 3 1/2 Millionen betrug.

Diese Zahlen müßten sich besonders diejenigen merken, die auf den Kassenstand der Gewerkschaften pochen. Im Geldsammeln sind die anderen Volksschichten den Arbeitern weit über. Der Unterschied zugunsten der Arbeiter zeigt sich in etwas anderem: wie wenig die Sparkassen und Versicherungsgesellschaften mit ihrem vielen Gelde nützen — wie viel die Gewerkschaften mit ihrem wenigen Gelde leisten! Dieser Unterschied ergibt sich aber einzig und allein aus dem Charakter der Gewerkschaften als proletarische Kampforganisationen.

Auch haben wir während dieser Zeit eine mächtige Organisation sich entwickeln sehen, die, analog den Gewerkschaften, ihren Mitgliedern materielle Hilfe leistet, als Versicherungsgesellschaft dient und zugleich es verstanden hat, einen gewaltigen politischen Einfluß auszuüben: den Bund der Landwirte.

Es gehört mit zu den gewerkschaftlichen Illusionen, daß man sich einbildet, was die Arbeiter in den Gewerkschaften geleistet haben, das könne ihnen niemand nachmachen. Man faßt bloß das Wachstum der Gewerkschaften ins

Auge und will nicht sehen, wie indessen die gesamte kapitalistische Welt wächst und sich zu immer stärkeren Gebilden zusammenschließt.[1]

Am meisten aber hat in den Jahren der gegenwärtigen Sturm- und Drangperiode das Kapital selbst seine wirtschaftliche Macht gesteigert, konzentriert und organisiert. Die Tatsachen liegen offen zutage, aber dem nach innen gekehrten Blicke des Gewerkschaftsillusionärs entschwinden alle Aussichten. Ich will hier nur wenige Zahlen anführen. Von den gegenwärtig in Preußen bestehenden Aktiengesellschaften sind über die Hälfte erst in den letzten fünfzehn Jahren entstanden. Wo die Arbeiter noch vor einem Jahrzehnt mehrere einzelne Unternehmer vor sich hatten, tritt ihnen jetzt eine mächtige Aktiengesellschaft entgegen. Hinter den Aktiengesellschaften stehen die Banken, von denen einzelne in den letzten Jahren zu machtvollen Weltinstituten sich ausgewachsen haben. Womöglich noch großartiger war die Entwicklung der Elektrizitätsgesellschaften. Zugleich haben die Kartelle und Syndikate die wichtigsten Produktionszweige erfaßt. Schließlich die Börse, in der, wie in einem Brennpunkt, das konzentrierte Geldkapital zusammenfließt, zeigt die glänzendste Entwicklung. Während die Emissionstätigkeit der deutschen Börsen von 1883 bis 1894 kein einziges Jahr 2 Milliarden erreicht hatte, betrug sie 1901 mehr als 3 Milliarden, 1902 mehr als 5, 1903 fast 7 und 1905 nahezu 9 Milliarden. Allein der Nennwert der von 1897 bis 1905 auf den deutschen Börsen zugelassenen ausländischen Wertpapiere — die, selbstverständlich, zu gleicher Zeit auch auf anderen Börsenplätzen gehandelt wurden — betrug zirka 21 Milliarden, nämlich 20814 Millionen Mark.

Wenn die deutschen Arbeiter diese Zeit der industriellen Blüte nicht dazu ausgenutzt hätten, ihre Gewerkschaften zu stärken, so würden sie jetzt dem Unternehmertum gegenüber nicht einmal jenen Widerstand leisten können wie in den achtziger Jahren, denn das Kapital ist seitdem viel stärker geworden. Es unterliegt auch jetzt noch angesichts der oben angeführten Tatsachen keinem Zweifel, daß die Macht der Kapitalistenklasse viel mehr gestiegen ist als die Macht der Gewerkschaften. Gegenüber der steigenden Konzentration des Kapitals ist die Entwicklung der Gewerkschaften nichts als Notwehr.

Vom Standpunkt des Unternehmertums erscheint freilich der Sachverhalt umgekehrt. Die Unternehmerverbände erklären, sie seien nur eine Abwehr gegen den „Terrorismus" der Gewerkschaften. Der äußere Hergang scheint ihnen recht zu geben: die Kampforganisationen der Unternehmer sind tatsächlich später in die Öffentlichkeit getreten als die Gewerkschaften der Arbeiter. Allein der Zusammenhalt des Unternehmertums ergibt sich ja schon aus der Konzentration des Kapitals, die ohne jede spezielle organisatorische und agita-

[1] So bezeichnet es in der „Kommunalen Praxis" bei der Besprechung meiner Broschüre „Der gewerkschaftliche Kampf" der Rezensent S. als eine eigenartige und offenbar höchst verwerfliche Methode, daß ich der steigenden Macht der Gewerkschaften die steigende Macht der Kapitalistenklasse entgegenhalte. Das paßt ihm nicht in den Kram, denn, um den Arbeitern die opportunistische Illusion eines allmählichen, unmerklichen Hineinwachsens in die sozialistische Gesellschaft zu suggerieren, muß man ihnen erst die wirkliche Machtentwicklung des Kapitals verdunkeln. Darum unterschlägt er den Zusammenhang, um die einzelnen Teile als Widerspruch hinstellen zu können. Seine kritische „Methode" besteht darin, daß er aus dem einen Gedanken eines anderen zwei eigene Albernheiten bildet. Er begreift nicht, wie der Mensch auf zwei Beinen herumlaufen kann; er betrachtet es als Widerspruch, daß bald das linke Bein, bald das rechte Bein vorschreitet.

torische Tätigkeit vor sich geht. Das ist das Primäre, das die Arbeiter in die Zwangslage versetzt, entweder sich gewerkschaftlich zu organisieren oder als wehrlose Lohnsklaven des Kapitals dazustehen. Die Konzentration des Kapitals ermöglicht auch erst die formelle Zusammenfassung der Unternehmer zu Verbänden. Das üppige Emporschießen der Unternehmerverbände in Deutschland im letzten Jahrzehnt ist darum vor allem ein Beweis der starken und rasch fortschreitenden Konzentrierung des Kapitals in Deutschland. Weniger die Tatsache, daß in Deutschland zwei Millionen Arbeiter sich zu Gewerkschaften zusammengetan haben, als jene andere, daß den Millionen Arbeitern nur noch etliche tausend Großunternehmer, die das übrige Unternehmertum beherrschen, gegenüberstehen, ist der Grund der Entwicklung der Unternehmerverbände. Darin aber liegt auch die Quelle dieser Macht.

Man sollte meinen, es läge viel mehr im Interesse der Gewerkschaften, diesen wirklichen Sachverhalt aufzudecken, als durch gewerkschaftliche Renommisterei den heuchlerischen Übertreibungen der Unternehmerverbände über den „Terrorismus" der Gewerkschaften Vorschub zu leisten.[1]

Man begreift die Unternehmerverbände nicht und gelangt ihnen gegenüber leicht zu einer falschen Taktik, wenn man sie als ideologischen Reflex der Gewerkschaftsbewegung und nicht als materielles Produkt der Konzentration des Kapitals auffaßt.

Es mutet seltsam an, wenn im „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften", also einem Blatte, das in erster Linie berufen ist, all-

[1] Deshalb braucht man freilich noch keineswegs in einen Gewerkschaftspessimismus zu verfallen. Ich glaube durch meine Schriften bewiesen zu haben, daß ich sehr weit von solchem Pessimismus entfernt bin. Nun machte mir kürzlich Rob. Schmidt im „Korrespondenzblatt der Generalkommission" den Vorwurf, daß ich in meiner Broschüre „Der gewerkschaftliche Kampf" bei der Untersuchung der Wirkung der Streiks auf das konzentrierte Kapital die dabei für das Unternehmertum erwachsenden Nachteile nicht genügend berücksichtige. Es würde mich gewiß freuen, wenn ich zu dem, was ich darüber in meiner Broschüre auszuführen weiß, noch etwas von R. Schmidt hinzulernen könnte. Allein er selbst weiß sich nicht anders zu helfen, als indem er das nachschreibt, was er soeben aus meiner Broschüre herausgelesen hat — nicht einen Strich weiter.

Beiläufig sei noch darauf hingewiesen — mit freundlicher Erlaubnis der Redaktion, die mir den Raum gewährte, um den Kritikern meiner Broschürensammlung zu antworten —, daß mich Rob. Schmidt belehrt, der Diskontosatz sei während der Hochkonjunktur am höchsten. In Wirklichkeit verhält sich die Sache so: Jede Handelskrisis, welcher Art sie auch sei, beginnt mit sogenannter Geldknappheit. Der Diskontosatz erreicht um diese Zeit eine Höhe, die eine Verzinsung des Geldkapitals in der Industrie vielfach unmöglich macht. Das ist bereits die Krisis. Aber sie ist noch latent und kann durch allerlei Schwindeloperationen eine Zeitlang hinausgeschoben werden, bis ein um so schlimmerer Zusammenbruch eintritt. Nun steigt infolge der allgemeinen Unsicherheit der Diskontosatz erst recht. Dann aber, nachdem vieles in Trümmer gelegt worden ist, beginnt der Diskontosatz zu sinken — ein Zeichen, daß die Industrie beginnt, die Krisis zu überwinden. Es folgt ein Zwischenraum langsamen Geschäftsganges bei sinkendem Zinsfuß respektive Diskontosatz. Wenn dieser am niedrigsten ist, beginnt der neue Aufschwung; bald setzt abermals eine Steigerung des Diskontosatzes ein, und das Spiel wiederholt sich von neuem.

Es ist gut, wenn Gewerkschaftsführer sich um den Kapitalmarkt kümmern. Nur muß man dabei sehr vorsichtig zu Werke gehen und sich erst gründlich unterrichten, bevor man ein Urteil fällt. Wenn Rob. Schmidt aus dem steigenden Diskontosatz ohne weiteres auf das Anhalten der Hochkonjunktur schließen wollte, so könnte er dabei sehr leicht seine Gewerkschaft in eine Krisis hineinreiten.

gemeine Aufklärung über die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes zu schaffen, der alte Gewerkschaftspraktiker Rob. Schmidt, um vor einer Überschätzung der Macht der Unternehmerverbände zu warnen, sich also vernehmen läßt: „Ob die gegenwärtige Taktik der Unternehmer, bei jedem Konflikt die ganze Branche lahmzulegen, für alle Zeiten geübt wird, ist abzuwarten. Für die Gewerkschaften gab es auch eine Zeit, in der mit sogenannten Sympathiestreiks sofort der Streik zur größeren Ausdehnung gebracht wurde. Heute ist man damit viel vorsichtiger und zurückhaltender."

Dieser Rückschluß von den Gewerkschaften auf die Unternehmerverbände ist falsch in seinen Voraussetzungen und falsch in seinen Schlußfolgerungen.

Erstens läßt R. Schmidt völlig außer acht, daß doch die häufigen Sympathiestreiks nur durch die Entwicklung der gewerkschaftlichen Industrieverbände mit ihren starken Zentralkassen entbehrlich gemacht wurden. Nicht durch plötzliche geistige Erleuchtung, sondern weil mit der Entwicklung der Organisation ihre Macht gestiegen war, gelangten die Gewerkschaften zu ihrer neuen Taktik. Wenn man da irgend einen Parallelismus in der Entwicklung der Unternehmerverbände konstruieren könnte, so wäre es also nur in dem Sinne, daß auch hier die einzelnen Verbände Macht und Mittel genug sammeln werden, um der gelegentlichen Unterstützung von außen entbehren zu können. Das wäre ein recht eigenartiger Trost für die Gewerkschaften.

Zweitens, wenn auch die Sympathiestreiks jetzt nicht so oft vorkommen, so sind doch die Streiks deshalb nicht geringer geworden. Die Entwicklung ist eine gerade umgekehrte: an Stelle der zahlreichen kleinen Streiks traten einzelne Streiks von gewaltiger Ausdehnung und großer Dauer. Die Sympathiestreiks von früher waren weit davon entfernt, „ganze Branchen lahmzulegen"; das ist eben jetzt erst möglich geworden mit der Entwicklung der Zentralverbände. Wiederum führt uns die Analogie zu der Annahme nicht eines verminderten, sondern eines gesteigerten Widerstandes der Unternehmerverbände.

Drittens aber und vor allem sind doch Gewerkschaften und Unternehmerverbände überhaupt keine parallelen, sondern entgegengesetzte, einander bekämpfende Organisationen, woraus sich auch eine verschiedene Taktik ergibt. Daß es meist im Interesse der Gewerkschaften liegt, den einzelnen Streik zu isolieren, um die Streikenden anhaltend unterstützen zu können, ist doch wahrlich kein Grund für die Unternehmer, ihrem Beispiel zu folgen; im Gegenteil, gerade deshalb schlagen ja die letzteren das umgekehrte Verfahren ein und setzen dem partiellen Streik die allgemeine Aussperrung entgegen. Das wird sicher auch später das Hauptkampfmittel der Unternehmerverbände sein.

Um einer Gefahr zu begegnen, muß man sie in ihrer ganzen Tragweite erkennen. Die Tätigkeit der Unternehmerverbände macht sich zu sehr fühlbar, um mit einem Achselzucken über sie hinwegschreiten zu können.

So hat zum Beispiel, um nur einiges herauszugreifen, die Parteipresse erst dieser Tage die Mitteilung gebracht von einer von dem Verband der Bergindustriellen erlassenen Schwarzen Liste, die über 3000 Namen umfaßt. Von weitaus größerer Tragweite als die Schwarzen Listen sind aber die Arbeitsnachweise, welche die Unternehmerverbände in den letzten Jahren in einer frappanten Weise entwickelt haben. Da die Einstellung der Arbeiter in den Händen der Unternehmer liegt, so schaffen sie damit eine

Zwangslage für die Arbeitsuchenden. Es ist kennzeichnend, daß die Unternehmerverbände es sogar zuwege bringen, dem einzelnen Unternehmer das Recht der freien Auswahl seiner Arbeiter durch Bindung an ihren Arbeitsnachweis einzuschränken. Um eine Kontrolle der Arbeiterschaft durchzuführen, werden Personalkarten angelegt. So sollen in den Arbeitsnachweisen des Hamburger Arbeitgeberverbandes bereits über 200000 solcher Personalkarten gesammelt worden sein. Auf dem Kongreß der Brauereiarbeiter wurde soeben festgestellt, daß der Boykott als Kampfeswaffe stark an Bedeutung verloren habe mit der Entwicklung des Verbandes der Brauereien. Das nimmt durchaus nicht wunder, wenn man erfährt, daß der Boykottschutzverband der Brauereien Strafen von 5 und 10 Mark pro Hektoliter gelieferten Bieres vereinbart hat. Die Verbände diktieren ihren Mitgliedern den höchsten zulässigen Arbeitslohn und die niedrigste zulässige Arbeitszeit. Sie legen den Lieferanten ihre Bedingungen auf und zwingen auch die Kundschaft unter ihre Gewalt. Sie gründen planmäßig Streikbrechervereine und betreiben eine zielbewußte und sehr energische Agitation für die Beschaffung ausländischer Arbeiter; sie gewinnen bei diesen Bestrebungen sicher eher das Ohr der Regierung, als die Gewerkschaften mit ihren Forderungen der Erweiterung des Koalitionsrechtes und der Abschaffung der Gesindeordnungen. Ich will hier nicht des näheren auf die Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden in der Metallindustrie, in der Holzindustrie, im Baugewerbe usw. eingehen: das ist ja in frischer Erinnerung, und die Kämpfe sind noch nicht einmal zu Ende geführt. Wohl aber ist es notwendig, denn es wird zu wenig beachtet, die Frage der Maifeier im Zusammenhang mit der Wirksamkeit der Unternehmerverbände aufmerksamer ins Auge zu fassen.

Es ist bekannt, daß der Hamburger Arbeitgeberverband gleich bei seiner Gründung im Jahre 1890 sich zur Aufgabe gestellt hatte, der Maifeier entgegenzuwirken. Seine erste Tat war denn auch eine Maiaussperrung. Ähnlich andere Unternehmerverbände. Immerhin bleibt die Zahl der Maiausgesperrten durch anderthalb Jahrzehnte in relativ geringen Grenzen, erst 1905 erreicht sie, nach amtlicher Statistik, die Ziffer 6404. Aber 1906 geht sie plötzlich in die Zehntausende und bleibt auch in den nächstfolgenden Jahren auf großer Höhe. Wenn auch das stürmische Jahr der russischen Revolution die Unternehmer zu ihrer provozierenden Haltung gereizt haben mag, so ist doch ihre umfassende und anhaltende Offensive zweifellos das Werk der Unternehmerverbände.

Die Maifeier hat ja für die Bourgeoisie ihre Schrecken so ziemlich verloren. Das war anders in den ersten Jahren nach dem Pariser Beschluß, da man glaubte, die Maifeier sei gleichbedeutend mit der Revolution. Die große bürgerliche Öffentlichkeit nimmt jetzt von der Maifeier kaum noch Notiz, und auch die Regierung hält es nicht mehr für notwendig, zum 1. Mai die Armee in Bereitschaft zu halten. Der Kampf gegen die Maifeier wird nur noch von den Unternehmerverbänden geführt, er ist am allerwenigsten ein politischer Kampf, er gilt direkt den Gewerkschaften. Die Unternehmerverbände haben sich bekanntlich seit dem Crimmitschauer Streik 1903/04 besonders stark verbreitet; sie nehmen Fühlung zueinander und gehen zielbewußt darauf hinaus, eine einheitliche Organisation des gesamten Unternehmertums zu schaffen. Und ihre erste allgemeine Aktion, um den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen, ist der Kampf gegen die Maifeier.

Seltsamerweise trägt man in Gewerkschaftskreisen dieser Seite der Frage, die sie doch am meisten interessieren sollte, am allerwenigsten Rechnung. Man hat sich gewöhnt, die Maifeier als ein Erbstück der Sozialdemokratie zu betrachten, für das die Gewerkschaften die Kosten zu tragen haben. So gelangen einzelne zu einer Auffassung, bei der die moralischen Werte der Arbeiterbewegung, die Bedeutung der Begeisterung und des Selbstvertrauens, der sozialistische Geist, der hier alles lenkt, außer acht gelassen werden. Aber schon abgesehen davon, müßte man sich doch fragen: Weshalb legen denn gerade die Unternehmerverbände so viel Wert auf die Unterdrückung der Maifeier? Der materielle Schaden des einen Tages kommt doch sicher am allerwenigsten in Betracht. Politisch hat die Maifeier vorderhand ihre Schärfe verloren. Also bleibt nur eins: die moralische Wirkung, wenn es gelingt, die Maifeier zum Versiegen zu bringen. Das ist das Ziel der Maiaussperrungen der letzten Jahre, das nicht einmal verhehlt wird: den Gewerkschaften eine Schlappe beizubringen, ihre Autorität herunterzusetzen, die Massen zu entmutigen und das Ansehen der Unternehmerverbände zu steigern. Unter diesen Umständen wird das Festhalten an der Maifeier zu einer eminenten Frage der gewerkschaftlichen Entwicklung.

Wenn die Unternehmerverbände es zustande bringen, die Maifeier zu beseitigen, so werden sie dadurch den Zusammenhalt des Unternehmertums ungemein fördern. An Selbstvertrauen fehlt es ja diesen Herren überhaupt nicht — dafür sind sie auch Kapitalisten. Ich erinnere zum Beispiel an folgende Auslassungen: „Der Erfolg des ersten Anlaufs der Arbeitgeber, gemeinsam im Falle Crimmitschau zu handeln und zu einer geschlossenen Organisation zu gelangen, spricht für die Vermutung, daß nach deren Vollendung die Kämpfe nicht gar schwer werden dürften. Auch die in dem ausgezeichnet organisierten und arbeitenden Gesamtverband deutscher Metallindustrieller gesammelten Erfahrungen beweisen, daß es dem ernsten, festen Zusammenwirken der Arbeitgeber wohl gelingen könnte, die Lust zum Kampf und Angriff bei den sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen niederzuhalten." Diese Worte sind einer offiziellen Schrift entnommen, die der bekannte Bueck, der Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller, im Auftrag einer Unternehmerkonferenz verfaßt hatte. Im gleichen Tone sind die Organe der Unternehmerverbände bis auf den heutigen Tag gestimmt. Nun kann man sich denken, wie es wirken würde, wenn es den Unternehmerverbänden wirklich gelingen sollte, in der Maifeier die Arbeiterschaft aus ihren Positionen zu verdrängen.

Wie man auch über die Maifeier entscheiden mag, so darf man sich doch über die Tragweite und den Charakter des Kampfes keinen Illusionen hingeben. Es handelt sich diesmal in Deutschland nicht um eine mehr oder weniger zweckmäßige politische Demonstration, sondern um die Abwehr eines Angriffs der Unternehmerverbände auf die Gewerkschaften. Wer, vom engen Kassenstandpunkt befangen, vor allem die Kosten der Maifeier ersparen möchte, bringt dadurch die Gewerkschaften erst recht in Kosten und Gefahren: denn jedes Zurückweichen in der Maifeier stärkt die Unternehmerverbände, steigert ihren Übermut und macht dadurch alle Kämpfe der Gewerkschaften desto schwieriger und kostspieliger.

Die Erstarkung und das schroffe Auftreten der Unternehmerverbände springen so sehr in die Augen, daß zu dem gewerkschaftlichen Doktrinarismus

sich erst der politische Opportunismus gesellen mußte, um dem mitten in den Arbeiterkämpfen stehenden Praktiker das Verständnis für diese Entwicklung zu verschleiern. Man verlernte es, die großen Klassengegensätze ins Auge zu fassen, suchte in jedem Dreck nach vermittelnden Tendenzen und ersetzte die sozialrevolutionäre Erkenntnis durch einen geschichtlichen Fatalismus.[1] Es wird schon von selbst anders werden — das ist ihre höchste geschichtsphilosophische Weisheit. Die Aussperrungen werden schon von selbst aufhören, die Unternehmer werden sich von selbst eines anderen besinnen; der Militarismus — derselbe Rob. Schmidt erklärte das — wird schon von selbst aufhören. Kurz, wo ihr eigener Witz aufhört, da wird schon die Weltgeschichte nachhelfen. Die Geschichte, die doch nichts anderes ist als der Inbegriff aller in der menschlichen Gesellschaft wirkenden Kräfte, erscheint ihnen als eine über den Menschen stehende Gottheit, die das zurechtmacht, was Menschenhände verdarben; sie wissen nicht, daß die Geschichte zu ihrem Werke sich nur der Menschenhände und Menschenköpfe bedienen kann, die es bis jetzt gründlich verpfuscht haben.

Indessen die Illusionäre unter den Gewerkschaftern von der kommenden Unternehmermilde und von dem erwachenden Wohlwollen der kapitalistischen Regierung träumen, sehen wir die Unternehmerverbände ihren schroffen Klassenstandpunkt vom wirtschaftlichen auf das politische Gebiet hinübertragen. Die reaktionären Ansichten des Herrn Bueck sind bekannt; er fand aber damit bei der Agitation zur Gründung von Arbeitgeberverbänden die weiteste Zustimmung in Unternehmerkreisen. Es ist kennzeichnend, daß die Unternehmerverbände von vornherein in eine scharfe reaktionäre Opposition sowohl zu den bürgerlichen Parteien wie zu der Regierung getreten sind. Sie schlagen eine ganz andere Taktik ein als die Führer der Gewerkschaften. Sie rühmen sich nicht, wie Legien auf dem Hamburger Kongreß, ihres „Einflusses auf das öffentliche Leben", sie finden vielmehr, obwohl doch die Kapitalistenklasse nicht bloß in der Einbildung, sondern in Wahrheit die Herrschaft im Staate hat, daß man sie viel zu wenig beachtet. Bekanntlich ist es sogar schon zu recht scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Unternehmerverbänden und der nationalliberalen Fraktion gekommen: selbst diese ist denen also nicht kapitalfromm genug.

Wie weit die reaktionären Forderungen der Unternehmerverbände gehen, ist unter anderem daraus zu ersehen, daß ihr Organ, die „Arbeitgeberzeitung", gleich nach den letzten Reichstagswahlen für eine Beseitigung des bestehenden Reichstagswahlrechtes mit aller Energie eintrat.[2]

---

[1] Es würde sich mancher Gewerkschaftspraktiker einen schärferen Blick bewahrt haben, hätte er sich auch nur das Kommunistische Manifest ins Gedächtnis eingeprägt. Aber der wissenschaftliche Sozialismus gilt ja bereits als überwundener Standpunkt. So finden es die Gelehrten der „Metallarbeiterzeitung" unangebracht, daß ich in populären Broschüren über den proletarischen Klassenkampf alte Gedankengänge wiederhole. Sie verlangen in der Wissenschaft wie in den Zeitungen nur Neues — das Allerneueste. Jeden Tag einen neuen Sensationsmord und jeden Tag einen neuen Gesichtspunkt, der die Grundideen des Sozialismus, die bis jetzt die Arbeiterbewegung erfüllten, entbehrlich macht. Damit kann ich allerdings nicht dienen. Ich bin bis jetzt mit meinen marxistischen Grundsätzen ausgekommen und habe kein Bedürfnis, von ihnen abzuweichen. Gedanken nach dem neuesten Modeschnitt, die man mit der Saison aufsetzt und abwirft, wird man bei mir vergebens suchen.

[2] Mitgeteilt bei Dr. P. Keßler, Die deutschen Arbeitgeberverbände.

Unter dem Einfluß der Konzentration des Kapitals und der Koalierung des Unternehmertums vollzieht sich auch ein politischer Konzentrationsprozeß, der die Spitzen der Kapitalistenklasse nicht bloß vom Proletariat, sondern auch von der mittleren Bourgeoisie absondert und mit den politischen Überlieferungen des bürgerlichen Parlamentarismus bricht. Dieser Entwicklung gegenüber vermag selbstverständlich so wenig der gewerkschaftliche Doktrinarismus wie der politische Opportunismus auf die Dauer standzuhalten. Das ist die Korrektur der Geschichte. Andererseits aber rüttelt derselbe Prozeß die Arbeitermassen auf. Die Wirkung des Auftretens der Unternehmerverbände in Deutschland war bis jetzt — die Stärkung der Gewerkschaften: neben anderen Ursachen ist wohl darauf zum Teil die neue gewerkschaftliche Flut der letzten Jahre zurückzuführen. Das war die Antwort der deutschen Arbeiter auf die Provokationen der Kapitalistenklasse. Und läßt man die Meinungen einzelner Gewerkschaftsführer hinter die Kollektivarbeit der Organisationen zurücktreten, so wird man finden, daß der Hamburger Gewerkschaftskongreß der Tätigkeit der Unternehmerverbände wohl eine große Aufmerksamkeit entgegengebracht hatte.

Da nun aber das konzentrierte und koalierte Kapital, seine Machtstellung in der Gesellschaft ausnutzend, neben den wirtschaftlichen auch politische Machtmittel gebraucht und zielbewußt darauf hinausgeht, die Leitung der Staatsgeschäfte in die eigene Hand zu nehmen, so wird offenbar schon aus diesem Grunde die Auseinandersetzung zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden zugleich zu einer Frage der Staatspolitik.

Polenfrage und Sozialdemokratie.

Von **Julius Bruhns.**

(Schluß.)

II.

Das Resultat der Reichstagswahlen von 1903 im oberschlesischen Industriebezirk verursachte wiederum lebhafte Überraschung in Parteikreisen, diesmal allerdings von anderer Art wie fünf Jahre vorher. Statt des weiteren, bestimmt erwarteten und vorausgesagten starken Aufschwunges unserer Stimmenzahl ein Stillstand — dafür aber der verblüffende Erfolg einer neuen, bisher in Oberschlesien ganz unbekannten politisch radikalen Partei. Während unsere Stimmen 1898 von 970 auf 20150 gestiegen waren, erzielten wir 1903 nur 21278 Stimmen, die ein ultraradikales Mäntelchen umhängenden Nationalpolen aber, die 1898 0,00 Stimmen hatten, errangen auf den ersten Anhieb nicht weniger wie fast 27000 Stimmen allein im Industriebezirk. Von der weiteren Entwicklung des oberschlesischen Proletariats zur politischen Opposition hatte die Sozialdemokratie also fast nichts, der Radikalpolonismus alles profitiert.

Die Ursache dieser Erscheinung war nicht zu verkennen. Weder die deutsche noch die polnische Sozialdemokratie hatte die dortige, oben näher gezeichnete Situation auszunutzen gewußt. Statt einig an die Arbeit zu gehen, der polnischen Sozialdemokratie dabei den Vorrang zu lassen, sie mit den notwendigen Mitteln auszurüsten, ihr eine gewisse Bewegungsfreiheit auch in der Behandlung nationaler Fragen zu geben, war jeder für sich vorgegangen, hatte dabei aber ängstlich auf den anderen aufgepaßt und seine vermeintlichen oder wirk-